

PM der ARGE Stuttgart: Klares Votum des Bürgerforums zu G9

Die Arbeitsgemeinschaft Gymnasialer Elternvertreter im Regierungsbezirk Stuttgart (**ARGE Stuttgart**) hat das deutliche Votum des Bürgerforums für die Einführung des neunjährigen Wegs zum Abitur ausdrücklich begrüßt. Die Abstimmung der Bürger sei ein klarer Auftrag an die Landesregierung, so schnell wie möglich, die längst überfällige Reform an den allgemeinbildenden Gymnasien in Baden-Württemberg umzusetzen.

Schon die landesweite Umfrage der **ARGE**n vor eineinhalb Jahren hätte eine über neunzigprozentige Zustimmung der Eltern aller Schularten zugunsten des neunjährigen Gymnasiums gebracht. Mit fast 107.000 Unterschriften hätte vor kurzem der Volksantrag der Initiative „G9 jetzt BW!“ dieses Votum der Bürger nachhaltig unterstrichen. Alle Parteien im Land außer den Grünen hätten sich im Zuge der Diskussion um das künftige Bildungssystem im Land ebenfalls für G9 als Regel an den Gymnasien ausgesprochen – und nun also auch das von der Landesregierung einberufene Bürgerforum.

Alle Flächenländer im Westen der Bundesrepublik, so die **ARGE Stuttgart**, seien inzwischen vom achtjährigen Gymnasium abgekommen. Die Ergebnisse der Bildungsforschung ergäben ebenfalls ein deutliches Votum gegen den bisherigen bildungspolitischen Weg Baden-Württembergs für die allgemeinbildenden Gymnasien. Nun dürfe es auf keinen Fall dazu kommen, dass die Landesregierung versuche, mit dem Hinweis auf die generell notwendige Strukturreform der Schulen im Land die Einführung von G9 auf die lange Bank zu schieben. Genauso wenig wie die Grundschulen in ihrer Struktur und ihrer viel zu knappen Finanz- und Personalversorgung darauf warten könnten, bis die Bildungspolitik im Land eine Reform aller Schularten entworfen habe, genauso wenig könnten die Gymnasien auf diesen „großen Wurf“ warten. Die Probleme in der Bildung seien viel zu groß, der im Koalitionsvertrag festgeschriebene Stillstand in der Strukturdebatte dauere schon viel zu lange, als dass man jetzt weiter über die Mängel der Bildung im Land nur rede, ohne zu handeln.

Die **ARGE Stuttgart** forderte die Landesregierung auf, das neunjährige Gymnasium mit der Möglichkeit, auch in acht Jahren die Reifeprüfung abzulegen, nach Möglichkeit im nächsten Schuljahr umzusetzen. An den Landtag appellierte die **ARGE**, durch die entsprechenden Abstimmungen und Debatten, eine Schulpolitik zu beschließen, die nicht länger im ständigen Wechsel von den jeweils koalierenden Parteien abhängig ist. Auf der Grundlage einer möglichst breiten politischen Zustimmung müsse die langfristig tragende Basis für die Bildung der Kinder Baden-Württembergs geschaffen werden. Darauf könne weder das Land noch könnten die Schülerinnen und Schüler jahrelang warten. Die Pisa- und die IQB-Studie hätten gezeigt, dass es so wie aktuell nicht weitergehen könne!

V.i.S.d.P Michael Tränkle